

"Unmöglich anzuschauen": Moskau wirft Westen Unterstützung von Gräueltaten in Russland vor

1 Feb. 2025 17:17 Uhr

Nachdem Gräueltaten der ukrainischen Armee an russischen Zivilisten im Gebiet Kursk bekannt geworden sind, wirft das russische Außenministerium dem Westen vor, diese Gräueltaten mit ihren Waffenlieferungen zu unterstützen. Russische Ermittler werfen Kiew vor, Terrorismus als Strategie der Kriegsführung einzusetzen.



Quelle: Gettyimages.ru © (Photo by Piotr Sobik/Anadolu via Getty Images)

Symbolbild: Soldaten der 68. Brigade der ukrainischen Armee im Donbass (29. Januar 2025)

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat die westlichen Unterstützer Kiews beschuldigt, an den Gräueltaten der ukrainischen Truppen während ihres Einmarsches in die russische Region Kursk beteiligt gewesen zu sein. Ihre Äußerungen am Freitag folgten auf vorherige Vorwürfe von Ermittlern, dass die ukrainischen Truppen Zivilisten vergewaltigt und ermordet hätten.

Anfang dieses Monats entdeckten die russischen Streitkräfte menschliche Überreste in der befreiten Siedlung Russkoje Porechnoje. Das Untersuchungskomitee gab bekannt, dass es mehrere ukrainische Soldaten als Verdächtige identifiziert habe, von denen sich einer derzeit in Haft befinde. Sacharowa bezeichnete die von den Ermittlern veröffentlichten Bilder als "unmöglich anzuschauen" und verurteilte die Täter dafür, dass sie es absichtlich auf schwache Menschen abgesehen hatten.

"Was für ein unmenschliches Wesen foltert ältere Zivilisten, schlägt sie, verletzt sie und jagt sie dann mit Granaten in die Luft", fragte sie mit Blick auf die forensischen Beweise, die in dem Dorf gefunden wurden.

Sacharowa betonte, dass ausländische Staaten, die Kiew mit Waffen und Geld versorgen, die Verantwortung für solche Verbrechen tragen, zumal sie dies trotz der sich häufenden Beweise für Gräueltaten weiterhin tun. Sie zog Parallelen zur Unterstützung der Separatisten in der russischen Republik Tschetschenien in den 1990er und frühen 2000er Jahren, die in den westlichen Medien als Freiheitskämpfer dargestellt wurden.

Die Sprecherin des Ministeriums wies darauf hin, dass tschetschenische Terroristen auch wehrlose Personen angegriffen hätten, darunter Krankenhauspatienten in Budjonnowsk 1995 und Schulkinder in Beslan 2004. Der radikale Islamist Schamil Bassajew war für beide Anschläge und viele andere Terrorakte in Russland verantwortlich.

Mögliche Zeugen der Verbrechen im Gebiet Kursk sollten sich melden und mit den Ermittlern zusammenarbeiten, auch wenn dies bedeutet, dass sie sich an traumatische Erlebnisse erinnern müssen, forderte Sacharowa. Sie argumentierte, dass dies dazu beitragen würde, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ihren Familien einen Abschluss zu ermöglichen und die Gefahren des radikalen ukrainischen Nationalismus im Interesse künftiger Generationen aufzuzeigen.

Russische Beamte betonten, dass die von ukrainischen Truppen begangenen Kriegsverbrechen keine Einzelfälle seien, sondern auf eine umfassende Unterstützung des Terrorismus als Kriegsführungsstrategie durch Kiew hindeuten.

Rodion Miroshnik, ein hochrangiger Diplomat, der vom russischen Außenministerium mit der Dokumentation mutmaßlicher ukrainischer Gräueltaten beauftragt wurde, hatte Kiew zuvor vorgeworfen, völkermörderische Absichten gegenüber ethnischen Russen zu hegen.

Das russische Militär befreite Russkoje Porechnoje Mitte Januar, Monate nachdem die ukrainischen Streitkräfte das Gebiet im Rahmen des im August letzten Jahres begonnenen Einmarsches in die Region Kursk erobert hatten.

Das Untersuchungskomitee erklärte, es habe fünf ukrainische Soldaten als mutmaßliche Täter von sexuellen Übergriffen und Morden identifiziert. Der Ausschuss behauptete, dass 22 Zivilisten, die Hälfte davon Frauen, zwischen Ende September und November 2024 ihre Opfer geworden seien. Einige der außergerichtlichen Tötungen seien von ihrem militärischen Befehlshaber angeordnet worden, so der Ausschuss.